



Kreis Mettmann
Kreis Mettmann
Der Kreistag

Ausschuss für Ordnungsangelegenheiten und Verbraucherschutz

Es informiert Sie:	Thomas Tödter
Telefon:	02104/99-1633
Fax:	02104/99-4575
E-Mail:	thomas.tödter@kreis-mettmann.de

Mettmann, den 09.06.2011

Niederschrift

zur Sitzung des Ausschusses für Ordnungsangelegenheiten und Verbraucherschutz

Sitzungstermin Montag, den 30.05.2011, 15:00 Uhr

Sitzungsort Kreishaus Mettmann, Düsseldorfer Straße 26, 40822 Mettmann, Zimmer 1.601 (großer Sitzungssaal)

Anwesend waren:

Vorsitz

Dr. Klaus Wagner

Mitglieder

Jürgen Bullert

Harald Degner

Stephan Emmeler

Barbara Enke

Inge Ganteführ

Marc Kammann

Rolf Kramer

Holger Lachmann

Gertrud Laßmann

(ab 15.45 Uhr)

Manfred Lübeck

David A. Lungen

Oliver Pera

Maximilian Rech

Manfred Schulte

Udo Switalski

Sebastian Wladarz

(ab 15.07 Uhr)

Verwaltung

Volker Eichert

Michael Gertler

Nils Hanheide

Daniela Hitzemann

Thomas Jarzombek

Uwe Rümmler
Bernd Schneeweiß
Edgar Schönfisch
Dorothea Stangier
Thomas Tödter
Sabine Wohler

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

1. Formalien
- 1.1. Eröffnung der Sitzung
- 1.2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
- 1.3. Feststellung der Anwesenheit
- 1.4. Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 1.5. Feststellung der Tagesordnung
- 1.6. Benennung von Berichterstatterinnen / Berichterstattern für den Kreistag
2. Informationen der Verwaltung
3. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 18.11.2010
4. CO-Pipeline 32/001/2011
- Mündliche Verhandlung vor dem Verwaltungsgericht Düsseldorf
5. Vorstellung des Jahresberichtes 2010 des Amtes für Verbraucherschutz 39/001/2011
6. "KOMM-IN NRW"-Projekt zur Neuausrichtung der Ausländerbehörde des Kreises Mettmann 32/002/2011
7. Offene Beschlüsse, Prüf- und Arbeitsaufträge des Ausschusses für Ordnungsangelegenheiten und Verbraucherschutz aus dem Jahr 2010 36/001/2011
8. Nachträge
- 8.1. Katastrophenschutz im Kreis Mettmann bei nuklearen Unfällen 32/003/2011
hier: Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 23.05.2011

Nicht öffentlicher Teil

9. Informationen der Verwaltung

10. Nachträge

Öffentlicher Teil

Zu Punkt 1: Formalien

Der Vorsitzende, Herr KA Dr. Wagner, eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung, die Anwesenheit und die Beschlussfähigkeit fest.

Die für die Sitzung festgelegte Tagesordnung in der ergänzten Fassung vom 24.05.2011 wird ohne Änderung genehmigt.

Die Benennung einer Berichterstatterin / eines Berichterstatters für den Kreistag ist nicht erforderlich.

Zu Punkt 2: Informationen der Verwaltung

Herr Hanheide berichtet, dass intensiv an dem Rettungsdienstbedarfsplan gearbeitet wird. Verwaltungsseitig konnte das Einvernehmen mit den kreisangehörigen Städten erzielt werden. Aktuell stehe die zweite Verhandlungsrunde mit den Kostenträgern an. Der Entwurf des Rettungsdienstbedarfsplans soll in der zweiten Jahreshälfte in die politischen Beratungen eingebracht werden.

Sodann berichtet Herr Hanheide über die Betriebseinschränkungen in einem Velberter Tierheim ausgelöst durch einen Polizeieinsatz im März dieses Jahres. Derzeit werde versucht, in dem Tierheim wieder zuverlässige Zustände herzustellen. Wegen personeller Wechsel im betreibenden Verein seien dabei bereits Verbesserungen eingetreten. Herr Hanheide stellt in Aussicht, dass es nicht zu einer dauerhaften Schließung des Tierheims kommen muss.

Zu Punkt 3: Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 18.11.2010

Der Ausschuss genehmigt die Niederschrift über die Sitzung vom 18.11.2010 einstimmig.

Zu Punkt 4: CO-Pipeline - Mündliche Verhandlung vor dem Verwaltungsgericht Düsseldorf - Vorlage Nr. 32/001/2011

Herr Hanheide gibt anhand einer Powerpoint-Präsentation einen Überblick über den aktuellen Sachstand bezüglich der Inbetriebnahme der CO-Pipeline. Er geht dabei kurz auf die Historie ein und erläutert das Urteil des Verwaltungsgerichts Düsseldorf vom 25.05.2011.

Das Verwaltungsgericht hat im Wesentlichen entschieden, dass der Planfeststellungsbeschluss der Bezirksregierung Düsseldorf rechtswidrig sei. Er wurde jedoch nicht aufgehoben, sondern kann nachgebessert werden.

Im Übrigen habe das Gericht keine Bedenken gegen die Erdbeben- und Materialsicherheit der Pipeline festgestellt. Gegen das Urteil wurde die Berufung zugelassen.

Der Vortrag ist als Anlage 1 der Niederschrift beigefügt.

Die Verwaltung wird den Ausschuss über das weitere Verfahren informieren.

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

**Zu Punkt 5: Vorstellung des Jahresberichtes 2010 des Amtes für Verbraucherschutz
- Vorlage Nr. 39/001/2011**

Herr Hanheide erläutert einleitend, dass der Jahresbericht des Amtes für Verbraucherschutz ein Spiegelbild der Tätigkeiten des Amtes für das letzte Jahr darstelle. Im Jahr 2010 sei der Verbraucherschutz im Kreis Mettmann nicht beeinträchtigt gewesen und es habe keine grundlegenden Bedenken gegen die Lebensmittelsicherheit gegeben.

Frau Stangier stellt den Jahresbericht 2010 anhand einer Powerpoint-Präsentation vor. Der Vortrag ist als Anlage 2 der Niederschrift beigelegt.

Frau KA Enke bittet um Auskunft, wie sich die lebensmittelrechtlichen Verstöße des Jahres 2010 im Vergleich zum Jahr 2009 darstellen. Frau Stangier erläutert, dass die Anzahl der Verstöße nahezu gleich geblieben sei. Bei den beanstandeten Lebensmitteln habe es sich überwiegend um Kennzeichnungsmängel gehandelt.

Frau KA Enke fragt, welche Vorteile für den Kreis Mettmann durch den Anschluss an das EDV-System des Landes entstehen. Frau Stangier antwortet, dass dem Kreis Mettmann dadurch mehr Module der genutzten Fachanwendung zur Verfügung stehen werden. Dies bedeute eine bessere Kommunikation zwischen Land und Kreis, einen größeren technischen Komfort sowie eine Entlastung der bestehenden eigenen EDV.

Herr KA Schulte äußert seine Befürchtungen hinsichtlich möglicher Umsetzungsschwierigkeiten des neuen von der Landesregierung eingeführten „Ampelsystems“.

Herr Hanheide bestätigt, dass bezüglich der Anwendung des „Kontroll-Barometers“ als Qualitätsmerkmal eines Betriebes einige Fragen ungeklärt seien. Die „Hygiene-Ampel“ sei der Nachfolger des seiner Zeit u. a. am Widerstand des DEHOGA gescheiterten „Smiley“ und soll sukzessive - zunächst in Gaststätten - zur Anwendung kommen.

Anhand eines Bewertungskataloges werde dabei eine Punktzahl ermittelt, die zu einer der Ampelfarben führe. Die ermittelte farbliche Plakette sei sodann im Betrieb öffentlich kenntlich zu machen. Herr Hanheide weist darauf hin, dass der Betroffene hierzu zunächst anzuhören sei und ihm Rechtsmittel bezüglich der farblichen Einstufung und des Aushangs offenstehen dürften

Zwar habe der Betroffene nach einer Mängelfeststellung keinen Anspruch auf eine Nachkontrolle, jedoch sei zu erwarten, dass auf die Verwaltung diesbezüglich vermehrt Anfragen zukommen werden.

Die Einschätzung des Landes, wonach auf die Kommunen kein nennenswerter Mehraufwand zukomme, wird somit nicht geteilt.

Eine abschließende Beurteilung der Auswirkungen des neuen Transparenzsystems ab dem 01.01.2012 wird erst der Praxisbetrieb ermöglichen.

Der Ausschuss für Ordnungsangelegenheiten und Verbraucherschutz nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

**Zu Punkt 6: "KOMM-IN NRW"-Projekt zur Neuausrichtung der Ausländerbehörde des Kreises Mettmann
- Vorlage Nr. 32/002/2011**

Zunächst stellt Herr Hanheide Frau Wohler als neue Leiterin der Ausländerabteilung vor.

Herr Jarzombek erläutert sodann das Projekt „KOMM-IN NRW“ in Bezug auf die Neuausrichtung der Ausländerbehörde anhand eines Powerpoint-Vortrages. Nach einer Statuserhebung arbeite man intensiv daran, den Integrations-, Dienstleistungs- und Hilfedanken im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten in den Vordergrund zu stellen. Hierbei spielten die persönliche

Motivation und Einsatzbereitschaft der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sowie die erhaltenen Fördermittel des Landes eine entscheidende Rolle.
Der Vortrag ist als Anlage 3 der Niederschrift beigefügt.

Herr KA Emmeler gratuliert der Verwaltung zu ihrem Vorhaben und bittet um Erläuterung, ob der Kreis Mettmann neben den Fördermitteln auch Eigenmittel in das Projekt investiert.
Herr Jarzombek erklärt, dass keine Eigenmittel finanzieller Art investiert werden.

Frau KA Laßmann lobt die Verwaltung für den eingeschlagenen Weg und stellt fest, dass die Neuausrichtung nach außen hin bereits spürbar sei. Sie stellt die Wichtigkeit einer ausreichenden Personaldecke innerhalb der Ausländerabteilung heraus.

Herr Hanheide stellt hierzu klar, dass die erfolgten Personaleinsparungen im Rahmen der interkommunalen Kooperation nicht beim Kreis Mettmann, sondern bei den kooperierenden Städten Velbert und Ratingen erfolgt sind.

Welche personellen Auswirkungen z. B. rechtliche Änderungen wie die Visafreiheit für Angehörige der Balkanstaaten oder die Einführung des elektronischen Aufenthaltstitels mit sich bringen, kann erst zu einem späteren Zeitpunkt abschließend festgestellt werden. Letztlich seien die personellen Rahmenbedingungen durch die finanziellen Vorgaben eingeschränkt.

Herr KA Schulte merkt an, dass die Ausländerbehörde nicht dauerhaft unter mangelndem Personal leiden und man sich nicht zu dogmatisch an der Personalkostendeckelung orientieren sollte. Er äußert den Wunsch nach einem Bericht zur Mitte des nächsten Jahres, in dem die Verwaltung über die Entwicklung bezüglich neuer Aufgaben und Personalgestaltung informiert. Herr Hanheide sagt einen Bericht zu.

Frau KA Laßmann fragt an, wie sich die Fallzahlen der Asylfolgeantragsteller aufgrund der visafreien Einreise aus den Balkanstaaten im Vergleich zum letzten Jahr entwickelt haben.
Herr Hanheide sichert eine Ermittlung der Zahlen zur Darstellung in der Niederschrift zu.

Die Analyse der Fallzahlen hat demnach ergeben, dass im Kreis Mettmann der Anstieg der Asylbewerberzahlen seit Wegfall der Visumpflicht für einige der Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawiens deutlich zu spüren ist. Im Zeitraum von Dezember 2009 bis Januar 2011 hat sich die Zahl der Asylbewerber ausgehend von 196 um 175 auf 371 erhöht. Dies bedeutet eine Steigerung von 89 %. Aktuell mit Stand vom 08.06.2011 befinden sich im Kreis Mettmann 335 Personen im laufenden Asylverfahren.

Personen, die einen Asylfolgeantrag gestellt haben, erhalten bis zur Entscheidung über die Durchführung des Verfahrens eine Duldung und können statistisch nicht gesondert erfasst werden.

Die Zahlen im Kreis Mettmann werden durch die Daten des Bundesministeriums des Innern – bezogen auf das gesamte Bundesgebiet – bestätigt.

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

<p>Zu Punkt 7: Offene Beschlüsse, Prüf- und Arbeitsaufträge des Ausschusses für Ordnungsangelegenheiten und Verbraucherschutz aus dem Jahr 2010 - Vorlage Nr. 36/001/2011</p>

Herr Hanheide verweist auf die Vorlage. Eine Umsetzung der Beschlüsse bzw. Aufträge bezüglich der Energieberatungsstellen konnte mangels finanzieller Mittel des Landes (noch) nicht erreicht werden.

Herr KA Emmeler bittet um Auskunft, ob sich durch die verzögerte Umsetzung ein späteres Ende bezüglich der Energieberatungsverträge ergibt. Herr Hanheide erklärt, dass der Kreis-

tagsbeschluss hinsichtlich der Energieberatung ein Vertragsende für 2014 festlegt. Die verspätete Umsetzung könnte eine Änderung des Beschlusses erforderlich machen.
Die Übersicht über offene Beschlüsse, Prüf- und Arbeitsaufträge des Ausschusses für Ordnungsangelegenheiten und Verbraucherschutz aus dem Jahr 2010 wird zur Kenntnis genommen.

Zu Punkt 8: Nachträge

Zu Punkt 8.1: Katastrophenschutz im Kreis Mettmann bei nuklearen Unfällen hier: Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 23.05.2011 - Vorlage Nr. 32/003/2011
--

Herr Hanheide beantwortet die Anfrage. Seine Ausführungen sind als Anlage 4 der Niederschrift beigefügt.

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

Nicht öffentlicher Teil

[...]

Ende der Sitzung: 16:36 Uhr

gez.
Dr. Klaus Wagner

gez.
Thomas Tödter